

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse

den Auftakt unserer Arbeit im neuen Jahr haben wir mit der Klausur in Magdeburg gesetzt. Unter dem Titel „Deutschland 2020 – Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt“ haben wir ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm aufgelegt. Wir wollen in diesem Jahr verstärkt an den Antworten auf Zukunftsfragen arbeiten. Ziel ist, dass es auch am Ende des Jahrzehnts gerecht zugeht in Deutschland.

Ein weiteres Schwerpunktthema der Klausur war die Integration. Für uns steht fest: Alle sollen gleiche Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft haben. Das nehmen wir als gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsauftrag an. Deshalb haben wir auf unserer Klausur ein Positionspapier zur Integration beschlossen. Dieser Beschluss bildet die Grundlage für weitere Diskussionen und für parlamentarische Initiativen.

Im Plenum hatten wir zeitweise heftige Diskussionen u.a. zum Dioxin-Skandal, zum Jahreswirtschaftsbericht 2011, zur ersten Beratung über die Mandatsverlängerung in Afghanistan und über eine verlässliche Bahnpolitik.

In dieser Woche hat sich die von uns ursprünglich initiierte Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“ konstituiert. Unsere Fraktionskollegin Daniela Kolbe, die zur Vorsitzenden der Kommission gewählt wurde, erwartet Ergebnisse, die langfristig Bestand haben. Denn die Maßstäbe für ein neues, wertvolles Wachstum und gesellschaftlichen Fortschritt können wir nicht alle vier Jahre über den Haufen werfen.

Eure Petra Ernstberger

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|--|
| 02 Topthema: Jahreswirtschaftsbericht 2011 | 08 Zurückweisung der Berufung abschaffen |
| 03 Afghanistan | 08 Überprüfung nichtstaatlicher Sicherheitsunternehmen |
| 04 Weißrussland – Repressionen beenden | 08 Dioxin-Skandal |
| 05 Ungarisches Mediengesetz verurteilen | 10 Verlässlicher und sicherer Schienenverkehr |
| 06 Mehrgenerationenhäuser erhalten | 11 Klausurtagung der Fraktion |
| 06 Ausweg aus der Zwangsehe | 12 Positionspapier Integration |
| 07 Internetsperren-Gesetz aufheben | |

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMANTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE VERA NICOLAY, ANJA LINNEKUGEL, STEFAN HINTERMEIER
TELEFON (030) 227-510 99 **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUS: 21.01.2011, 12.00 UHR

TOPTHEMA

Jahreswirtschaftsbericht 2011

Am 20. Januar haben wir den „Jahreswirtschaftsbericht 2011“ im Deutschen Bundestag beraten. Deutschland ist stabiler als andere Länder durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Schon seit Sommer 2009 zeichnet sich eine Erholung ab. Durch die Strukturreformen des letzten Jahrzehnts und die Antikrisenpolitik seit 2008 hat Deutschland im internationalen Wettbewerb eine neue starke Rolle gewonnen. Ein Jahr nach dem größten Konjunkturerbruch der Nachkriegszeit befindet sich Deutschland wieder im Aufschwung. Die deutsche Wirtschaft ist 2010 um 3,6 Prozent gewachsen, nachdem sie im Krisenjahr zuvor um 4,7 Prozent eingebrochen war. Das Vorkrisenniveau haben wir noch nicht wieder erreicht. Aber die Beschäftigung ist in der Krise stabil geblieben, wächst wieder und kann in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit auf unter 3 Millionen senken.

Die Bundesregierung rechnet laut Jahreswirtschaftsbericht 2011, mit einer Arbeitslosigkeit von im Schnitt 2,94 Millionen Menschen für dieses Jahr. Damit wäre die Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf so niedrig wie zuletzt 1991. Das Bundeswirtschaftsministerium erwartet, dass sich das Wirtschaftswachstum in 2011 – nach 3,6 Prozent in 2010 – um rund 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigern wird. 2012 erwartet sie ein Wachstum von 1,8 Prozent.

Schwarz-Gelb hat nicht zum Aufschwung beigetragen

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hat in der Debatte die Bundesregierung vor Selbstzufriedenheit angesichts guter Wachstumszahlen gewarnt. „Wir haben wirklich keinen Anlass, uns zurückzulehnen in dieser Situation“, mahnte Steinmeier. Schwarz-Gelb tue nichts, um den Aufschwung abzusichern. „Das ist Verweigerung von Wirtschaftspolitik.“ Der Fraktionsvorsitzende betonte, die positive Entwicklung sei nicht das Verdienst von Schwarz-Gelb. Viele hätten zum Aufschwung beigetragen, nur nicht CDU/CSU und FDP.

Die vorausschauende Reformpolitik von Rot-Grün und die energische Anti-Krisen-Politik der Großen Koalition ebenso wie die über Jahre verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft haben ihren Anteil an den guten Zahlen. Das wirtschaftspolitische Versagen von Schwarz-Gelb allerdings wird inzwischen vom Sachverständigenrat bis zu den Wirtschaftsverbänden mehr oder minder einhellig und offen ausgesprochen.

Den Aufschwung nicht verspielen

Statt nun die Weichen richtig zu stellen, um die Chancen für einen dauerhaften Aufschwung richtig zu stellen, kommt von Wirtschaftsminister Brüderle und der FDP jetzt nur wieder die alte Leier, nämlich Forderungen nach Milliarden-Steuersenkungen. Brüderle komme ihm vor, „wie ein Lottokönig, der sich freut über den neuen Reichtum und ihn verjuxt, als gäbe es kein Morgen in diesem Land“, sagte Steinmeier. „Sie sind nicht wirklich in der Verantwortung als Regierungsfraktion angekommen – das ist das Problem.“ Eindringlich warnte Steinmeier die Koalitionsparteien davor, den Aufschwung durch wirtschaftspolitische Untätigkeit zu verspielen. „Wenn das so bleibt, findet der nächste Aufschwung nicht in Deutschland statt“, mahnte der SPD-Politiker. Seine Forderung: Statt den gegenwärtigen Aufschwung zu feiern, müsse Wirtschaftsminister Brüderle den nächsten Aufschwung organisieren. „Das ist Ihre Aufgabe.“

Aufschwung kommt nicht bei allen an

Der Arbeitsmarkt ist gespalten, starker Export steht nicht im Gleichgewicht mit Investitionen und Nachfrage am Binnenmarkt, falsche Entscheidungen der Regierung in der Energie- und Investitionspolitik gefährden den Vorsprung bei erneuerbaren Energien und nicht zuletzt: die Lohnentwicklung in Deutschland ist ungerecht. Der Aufschwung kommt nicht bei allen Menschen an. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im unteren und mittleren Einkommensbereich leiden unter Lohnneinbußen, Arbeitsplatzunsicherheit und einer sozialen Schieflage bei Steuern und

Abgaben, während Großverdiener und Anleger großer Vermögen sowohl von Einkommenszuwächsen als auch von schwarz-gelben Steuerprivilegien profitieren. Damit sind die Aufgaben klar, die die Bundesregierung zu erledigen hätte. Doch das einzige, was Wirtschaftsminister Brüderle bislang mit auf den Weg gebracht hat, ist die Steuerermäßigung für Hotels und die Verlängerung der Atomlaufzeiten zugunsten der großen Stromkonzerne – und damit zu Lasten des Wettbewerbs. „Das ist die Bilanz Ihrer Wirtschaftspolitik“, so der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil.

SPD fordert Infrastrukturkonsens

Für die SPD steht fest: Wirtschaftspolitik muss den Anspruch haben, die Modernisierung des Landes aktiv voranzubringen. Als Innovationsland müsse Deutschland gerade jetzt investieren wie nie zuvor, mahnte Fraktionschef Steinmeier. Er forderte ein Infrastrukturkonzept für den Ausbau der Netze in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation. Es sei falsch, das Land in eine Dafür- und eine Dagegen-Republik einzuteilen. Notwendig sei stattdessen ein neuer Infrastrukturkonsens. Außerdem müssten die Finanzmärkte stabilisiert werden.

Hubertus Heil forderte in seiner Rede eine Strategie zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, eine Bildungsoffensive und die Einführung des Mindestlohns. Es darf nicht sein, dass der Staat Jahr für Jahr Billiglöhne mit 11 Milliarden Euro subventionieren muss, die an erwerbstätige Hartz-IV-Empfänger gezahlt werden, nur weil der Lohn nicht zum Leben reicht.

Wenn wir morgen erfolgreich sein wollen, müssen wir heute neu anpacken. Wir müssen jetzt vorsorgen für die Stärke unseres Landes in den vor uns liegenden Jahren.

AUSSEN/ENTWICKLUNG

Afghanistan

Der Bundestag hat am 21.1. in 1. Lesung über die Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan beraten. Wie schon bei der letzten Verlängerung zu Beginn des Jahres 2010 hat sich die SPD-Bundestagsfraktion auch dieses Mal intensiv auf die anstehende Entscheidung vorbereitet. Am 14. Dezember fand im Willy-Brandt-Haus bereits die zweite große Afghanistan-Konferenz statt. Das zur Konferenz vorgelegte Positionspapier von Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier ist im Parteivorstand einstimmig beschlossen worden. Nun liegt es an der Fraktion zu entscheiden, wie wir bei der abschließenden Abstimmung in der nächsten Woche mit dem vorliegenden Mandatsantrag der Bundesregierung umgehen.

Es ist uns auch dieses Mal gelungen, wesentliche Forderungen durchzusetzen. Nachdem die Bundesregierung uns vor Jahresfrist noch beschimpft hat, als wir eine Beendigung des Einsatzes im Korridor 2013-2015 gefordert haben, redet sie jetzt selbst vom Jahr 2014 als Zieldatum – und mit ihr die gesamte NATO. Auch dass das Jahr 2011 als Datum für den Beginn des Rückzuges im Mandat erscheint, können wir eindeutig als Erfolg verbuchen.

Die Bundesregierung hingegen hat in den letzten Tagen und Wochen ein Bild der Zerstrittenheit abgegeben und dadurch Verunsicherung geschaffen. Vor allem Verteidigungsminister zu Guttenberg ist durch immer neue Störmanöver aufgefallen. Nun scheint es auch noch Streit über einen möglichen AWACS-Einsatz der Bundeswehr zu geben. Auswärtiges Amt und Verteidigungsministerium sind in einer so schwierigen und sensiblen Frage wie dem Afghanistan-Einsatz wie nie zuvor zerstritten. Statt Appelle an die Opposition zu richten, sollten Westerwelle und zu Guttenberg sich erst einmal unter einander einig werden. Bis zur Mandatsentscheidung in der kommenden Woche erwarten wir Klarheit, was die Bundesregierung will.

Regierungserklärung zum zivilen Wiederaufbau in Afghanistan

Vor der Debatte zur Mandatsverlängerung hat Entwicklungsminister Niebel eine Regierungserklärung zum zivilen Wiederaufbau in Afghanistan abgegeben. Darin hat er die Fortschritte im Land beschrieben und den Aufbauwillen der Bevölkerung gelobt.

2010 kam es angesichts der dramatischen Entwicklungen in Afghanistan zu einer Neuausrichtung der Strategie. International besteht Konsens darüber, dass ein Sieg über die Aufständischen ausgeschlossen scheint und nur eine politische Lösung in Afghanistan möglich ist. Dabei spielen vor allem Erfolge und Fortschritte des zivilen Aufbaus und der Entwicklung des Landes eine wichtige Rolle. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion Anfang 2010 die Verdopplung der Mittel für die zivile Aufbauhilfe gefordert und sich damit auch durchgesetzt. Die Bundesregierung stellt für den Zeitraum von 2010 bis 2013 430 Millionen Euro pro Jahr für den zivilen Wiederaufbau zur Verfügung. Dennoch reichen die bislang erzielten Fortschritte nicht aus.

Die Sozialdemokraten kritisierten das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ von Entwicklungsminister Niebel, nach dem Organisationen der Entwicklungshilfe enger mit der Bundeswehr zusammenarbeiten sollen. Die Helfer und vor Ort aktiven Organisationen berichten immer wieder, dass die von Niebel geforderte Kooperation kontraproduktiv sei, um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen. Niebel solle deshalb den Eigenwert des zivilen Aufbaus erkennen und auf die Erfahrungen der Organisationen vertrauen.

Zudem muss die Korruption in Afghanistan stärker bekämpft werden. Sie würgt die Erfolge des zivilen Aufbaus ab. Deshalb würden sich auch die Gesamtaufwendungen für den zivilen Aufbau, die von 2002 bis 2008 rund 20 Milliarden US-Dollar ausmachten, nicht im Vertrauen der Afghanen in ihre Regierung, die internationale Gemeinschaft und in ihre Zukunft niederschlagen. Die Sozialdemokraten machten auch erneut deutlich, dass eine unabhängige Evaluation des deutschen Engagements in Afghanistan notwendig sei, auch um die Anstrengungen vor Ort effektiver zu gestalten.

Weißrussland – Repressionen beenden

Die SPD-Bundestagsfraktion ist bestürzt über die anhaltenden Repressionsmaßnahmen gegen Oppositionelle und friedliche Demonstranten in Belarus seit den Präsidentschaftswahlen vom 19. Dezember 2010. In der Debatte im Bundestag am 20. Januar haben wir dies deutlich gemacht und die belarussische Regierung aufgefordert, alle unschuldig Inhaftierten, die im Zusammenhang mit den Protesten gegen vermutete Wahlfälschungen verhaftet wurden, unverzüglich freizulassen und ihre Repressalien gegen Journalisten und die freie Berichterstattung sofort einzustellen.

Unter den Inhaftierten befinden sich auch die meisten oppositionellen Präsidentschaftskandidaten. Ihnen drohen aufgrund offensichtlich konstruierter Vorwürfe langjährige Haftstrafen. Wir protestieren aufs Schärfste dagegen, dass den Inhaftierten zum Teil der Zugang zu medizinischer Versorgung und zu ihren Familienangehörigen sowie zu ihren Anwälten erschwert oder verweigert wird und fordern die Einhaltung elementarer rechtsstaatlicher Prinzipien.

Wir sind nach wie vor offen für einen Dialog mit der belarussischen Führung. Solange allerdings unschuldige Menschen inhaftiert und in der Ausübung ihrer demokratischen Grundrechte massiv behindert werden, ist ein solcher Dialog nicht möglich, und die Europäische Union berät zu Recht über Sanktionen gegen die unmittelbar Verantwortlichen. Es liegt in der alleinigen Verantwortung der Regierung in Minsk, eine solche dramatische Verschlechterung der Beziehungen zu vermeiden.

EUROPA**Ungarisches Mediengesetz verurteilen**

Die ungarische EU-Ratspräsidentschaft steht unter keinem guten Stern. Regierungschef Victor Orbán versucht mit seiner 2/3-Mehrheit zu einer Alleinherrschaft zu gelangen. Die klassische Gewaltenteilung wird Schritt für Schritt ausgeschaltet: Alle wichtigen politischen Schaltstellen, wie das Verfassungsgericht oder der Generalstaatsanwalt, werden parteipolitisch mit Gefolgsleuten besetzt. In den vergangenen acht Monaten sind rund 120 Gesetze, einschließlich acht Verfassungsänderungen, im Schnellverfahren durch das Parlament verabschiedet worden. Künftig sollen Verfassungsänderungen nur mit einer 2/3-Mehrheit in zwei aufeinander folgenden Legislaturperioden verändert werden können. Dies entspricht nicht demokratischen Gepflogenheiten. Besonders das jetzt in Kraft getretene Mediengesetz zeigt die Werteverchiebung in Ungarn.

Europa darf nicht still zusehen. Es geht letztendlich um eine bewusste Unterwanderung europäischer Grundwerte. Dies ist einmalig in der Geschichte der EU. Mit dem Beitritt Ungarns 2004 ist es Teil dieser Wertegemeinschaft geworden. Doch anstatt gegenüber ihrem Parteifreund Orbán klare Kritik zu äußern, schweigt Bundeskanzlerin Merkel. Von Außenminister Westerwelle ist hierzu bislang nichts zu hören.

Mit dem zu Jahresbeginn in Kraft getretenen neuen Mediengesetz wird der gesamte Medienbereich unter die Kontrolle der regierenden Fidesz-Partei von Victor Orbán gestellt. Der eingesetzte Medienrat verfügt über weitgehende Eingriffsrechte. Die Opposition ist bei der Besetzung nicht beteiligt worden. So schreibt die bestehende Verfassung vor, dass zwischen der Verabschiedung und der Unterzeichnung durch den Präsidenten eine Frist von 60 Tagen besteht, in der die Zivilgesellschaft Stellung nehmen kann. Dieses Recht wurde bewusst umgangen. In der Konsequenz wird das Grundrecht auf Meinungsäußerung derart eingeschränkt, dass eine freie unabhängige Berichterstattung künftig nahezu nicht mehr möglich sein wird.

Demokratische Werte und Grundfreiheiten verteidigen

Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschaftsunion, sie ist vor allem eine Wertegemeinschaft. Die demokratischen Werte und Grundfreiheiten immer wieder zu verteidigen, obliegt in besonderer Weise den Parlamenten und Abgeordneten. Umso bedauerlicher ist es, dass sich die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag nicht an einem interfraktionellen Antrag beteiligen, um gegenüber der ungarischen Regierung deutlich zu machen, dass das ungarische Mediengesetz nicht im Einklang mit gemeinsamen Werten und Prinzipien, wie zum Beispiel der Presse- und Meinungsfreiheit, steht. Die parteipolitische Rücksichtnahme der Kanzlerin auf ihren Parteikollegen Orbán ist inakzeptabel und beschämend. Unsere Grundwerte sind diesen Kungeleien nicht unterzuordnen.

Mit dem interfraktionellen Antrag gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/4429) fordern wir von der Bundesregierung, klare Kante zu zeigen. Die Missachtung unserer Werte und Ziele darf nicht toleriert werden. Die Bundesregierung muss unmissverständlich deutlich machen, dass das Mediengesetz in seiner derzeitigen Form zurückzunehmen ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dafür bei der Europäischen Kommission einzusetzen. Weiterhin sollte sie bei der Europäischen Kommission darauf hinwirken, dass die Überprüfung des ungarischen Mediengesetzes schnellstmöglich abgeschlossen wird, um ein mit EU-Grundprinzipien vereinbartes Mediengesetz zu erarbeiten.

Wie offensichtlich Premierminister Orbán den rechtspopulistischen Kräften in Ungarn in die Hände spielt, zeigt die Äußerung, das ungarische Volk würde beleidigt. Es geht nicht um Kritik am ungarischen Volk, das entschieden zur Demokratisierung Europas beigetragen hat. Wir üben Kritik an der ungarischen Regierung und an dem Mediengesetz.

FAMILIE

Mehrgenerationenhäuser erhalten

Mehrgenerationenhäuser sind Orte der Begegnung für Menschen aller Generationen. Mehrgenerationenhäuser sind zentrale Anlaufstellen, an denen Menschen in ihrer Nachbarschaft das finden, was sie im Alltag brauchen. Sie geben Raum für gemeinsame Aktivitäten, bieten Angebote zur Kinderbetreuung und zur Betreuung älterer Menschen und schaffen so ein neues nachbarschaftliches Miteinander. Sie sind mit ihren Angeboten darauf ausgerichtet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und hausnahe Dienstleistungen zu entwickeln und umzusetzen. So stärken sie die soziale Infrastruktur vor Ort und entlasten Familien, Alleinerziehende und pflegende Angehörige.

Unter dem Motto „Starke Leistung für jedes Alter“ hat die Große Koalition im Oktober 2006 das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ gestartet. Grundgedanke des Programms ist es, das Miteinander der Generationen unter einem Dach zu fördern. 500 Mehrgenerationenhäuser haben seit Programmbeginn erfolgreich ihre Arbeit aufgenommen.

Ab 2011 läuft planmäßig der jährliche Bundeszuschuss an die Mehrgenerationenhäuser schrittweise aus. Die Bundesregierung hat dem Druck der SPD endlich nachgegeben und kündigt ein neues Programm für die Mehrgenerationenhäuser ab 2012 an. Viele Fragen bleiben dabei jedoch ungeklärt. In dem am 20. Januar beratenen Antrag (Drs. 17/4031) fordern wir die Bundesregierung auf, umgehend eine Übergangsregelung für die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser vorzulegen. Mit dem Antrag haben wir auch Eckpunkte zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser vorgelegt. Konzeptionell verfolgt die SPD-Fraktion den Ansatz, die bisherige Ausrichtung der Mehrgenerationenhäuser gezielt um den neuen Schwerpunkt Prävention und Gesundheitsförderung zu erweitern. Die Häuser sollen weiterhin alle Generationen ansprechen und ihre vielfältigen Angebote wie beispielsweise Integrationsangebote, Kinderbetreuung, Familien- oder Seniorenbildung, sinnvoll ergänzen.

INNEN

Ausweg aus der Zwangsehe

Mit unserem am 20. Januar in 1. Lesung beratenen Gesetzentwurf für ein erweitertes Rückkehrrecht im Aufenthaltsgesetz (Drs. 17/4197) bieten wir besondere aufenthaltsrechtliche Hilfe für ausländische Opfer von Zwangsheirat, die in Deutschland gelebt haben.

Zwangsverheiratung ist eine schwere Menschenrechtsverletzung. Sie kommt in den unterschiedlichsten ethnischen und religiösen Gruppen vor und betrifft insbesondere Frauen und Mädchen. Wir haben 2005 die Zwangsverheiratung als besonders schweren Fall der Nötigung in das Strafgesetzbuch (StGB) aufgenommen. Die Praxis zeigt aber, dass dies vor allem unter dem Aspekt des Opferschutzes nicht ausreicht.

Sofern ausländische Personen betroffen sind, muss ihnen über die geltenden Regelungen im Aufenthaltsgesetz hinaus aufenthaltsrechtlich die Möglichkeit gegeben werden, sich aus der Zwangsehe zu befreien, was nach bisheriger Rechtslage nicht ausreichend gewährleistet ist. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir für Ausländer ein eigenständiges Aufenthaltsrecht schaffen, die vor der Eheschließung legal in Deutschland gelebt haben und im Ausland entweder zur Ehe oder zur Fortführung einer Ehe genötigt werden und deshalb nicht nach Deutschland zurückkehren können, bevor ihr Aufenthaltstitel erlischt. So bekommen sie die Möglichkeit der Rückkehr nach Deutschland.

RECHT**Internetsperren-Gesetz aufheben**

Fraktionsübergreifend hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Internetsperren wenig effektiv, ungenau und technisch ohne großen Aufwand zu umgehen sind. Internetsperren leisten somit keinen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Kinderpornographie und schaffen zudem eine Infrastruktur, die von vielen zu Recht mit Sorge gesehen wird. Deshalb wollen wir eine politisch vertretbare und juristisch tragbare Lösung. Wir haben am 20. Januar einen Antrag (Drs. 17/4427) im Bundestag beraten, in dem wir fordern, das Zugangerschwerungsgesetz aufzuheben und den verfassungswidrigen Zustand zu beenden.

Das Zugangerschwerungsgesetz ist am 23. Februar 2010 in Kraft getreten. Das Gesetz soll den Zugang zu Webseiten im Internet mit Darstellungen sexueller Handlungen von und an Kindern erschweren. Vorgesehen ist, dass das Bundeskriminalamt (BKA) eine Sperrliste für entsprechende Webseiten führt, wenn deren Löschung nicht oder nicht in angemessener Zeit erwirkt werden kann. Provider werden gesetzlich dazu verpflichtet, den Zugriff auf die in der Sperrliste indizierten Schriften zu sperren und auf ein vom BKA gestaltetes „Stopp-Schild“ umzuleiten.

Die Regierungsfractionen haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, das Zugangerschwerungsgesetz zunächst für ein Jahr nicht anzuwenden. Dementsprechend wurde das BKA durch Erlass des Bundesministeriums des Inneren (BMI) aufgefordert, durch Gesetz eingeräumten Beurteilungsspielraum dahingehend zu nutzen, dass keine Aufnahme in Sperrlisten erfolgt und Zugangssperren unterbleiben.

Derzeitiger Rechtszustand ist verfassungswidrig

Wir haben zu Beginn des letzten Jahres einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen in den Bundestag eingebracht. Eine öffentliche Anhörung des federführenden Rechtsausschusses hat nachdrücklich bestätigt, dass der derzeitige Rechtszustand und die Aussetzung des Zugangerschwerungsgesetzes durch einen Erlass des BMI verfassungswidrig ist. Mit unserem jetzt zusätzlich vorgelegten Antrag „Zugangerschwerungsgesetz aufheben – Verfassungswidrigen Zustand beenden“ fordern wir die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Entwurf zur Aufhebung des Zugangerschwerungsgesetzes vorzulegen und den verfassungswidrigen Zustand der Aussetzung eines parlamentarischen Gesetzes durch Erlass des Bundesinnenministeriums zu beenden. Die Bundesregierung soll sich außerdem bei den weiteren Verhandlungen auf europäischer Ebene nachdrücklich für das Prinzip „Löschen statt Sperren“ einsetzen und bei den anderen Mitgliedstaaten für die wirksame Löschung derartiger Angebote anstelle symbolpolitischer Sperrungen werben.

Konzentration auf effektivere Bekämpfung von Kinderpornografie

Unser oberstes Ziel war stets die Sicherung von Effektivität und Rechtstaatlichkeit bei der Bekämpfung kinderpornografischer Inhalte. Dabei haben wir in mehreren Resolutionen der Bundestagsfraktion konkrete Vorschläge gemacht, wie der Kampf gegen Kinderpornografie effektiver als heute geführt werden kann. Zur Bekämpfung der Verbreitung von sexueller Gewalt und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Internet sind eine verbesserte technische und personelle Ausstattung der Polizeibehörden, die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit auf nationaler und insbesondere auf internationaler Ebene erforderlich, um die Löschung kinderpornografischer Netzinhalte zeitnah und effektiv durchzusetzen und eine konsequente Strafverfolgung zu erreichen.

Zurückweisung der Berufung abschaffen

Mit der am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Reform der Zivilprozessordnung (ZPO) sind auch die Rechtsmittel neu gestaltet worden, um eine Entlastung der Gerichte zu erreichen. Seither kann das Berufungsgericht eine Berufung durch einstimmigen Beschluss zurückweisen, wenn diese keine Aussicht auf Erfolg oder keine grundsätzliche Bedeutung hat. Dieser Beschluss ist nicht anfechtbar. Ein Vergleich der Zurückweisungsquoten hat ergeben, dass in den einzelnen Bundesländern in sehr unterschiedlichem Ausmaß von der Möglichkeit des Zurückweisungsbeschlusses Gebrauch gemacht wird. Das bedeutet, dass das Gebot der Rechtsanwendungsgleichheit betreffend den Zugang zum Bundesgerichtshof nicht gewährleistet ist. Aus diesem Grund haben wir am 20. Januar einen Gesetzentwurf (Drs. 17/4431) vorgelegt, der diesen Missstand beseitigen soll: Die Möglichkeit der Zurückweisung der Berufung wird danach abgeschafft und so die Rechtsanwendungsgleichheit beim Zugang zum Bundesgerichtshof wiederhergestellt.

SICHERHEIT

Überwachung nichtstaatlicher Sicherheitsunternehmen

Die „Privatisierung“ von Sicherheits- und Militäraufgaben, das heißt die Auslagerung entsprechender Aufgaben an nichtstaatliche Unternehmen, ist auch in der Außen- und Sicherheitspolitik ein Trend, der nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vor allem in demokratischen Gesellschaften zu beobachten ist. Die Entwicklung in diesem finanziell sehr lukrativen Geschäftsbereich ist in den letzten Jahren von einer großen Dynamik gekennzeichnet. Die geplante Reduzierung der Bundeswehr kann zu einer verstärkten Inanspruchnahme von privaten Dienstleistern, und damit auch von privaten militärischen Sicherheitsunternehmen, im In- und Ausland führen. Aus diesem Grund wollen wir, dass die Dienstleistungen privater Sicherheitsfirmen stärker kontrolliert und geregelt werden. Dies gilt insbesondere für die Unternehmen, die sicherheitsrelevante Dienstleistungen im Ausland anbieten. Ein weiteres Aufweichen des staatlichen Gewaltmonopols muss verhindert werden. Die Bundesregierung muss entsprechende Kontrollregelungen im nationalen Rahmen vornehmen und sich international für mehr Transparenz und Kontrolle nachprüfbar einsetzen. Mit unserem am 20. Januar beratenen Antrag (Drs. 17/4198) fordern wir verschiedene Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene, die zu mehr Transparenz beim Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen führen sollen. Dies betrifft die Lizenzierung und Registrierung entsprechender Unternehmen. Wir fordern die Bundesregierung auf, dem Bundestag jährlich einen Bericht sowohl über die in Deutschland ansässigen als auch über ausländische private Sicherheitsunternehmen vorzulegen, deren Dienstleistungen die Bundesregierung oder ihr nachgeordnete Behörden im Ausland in Anspruch nehmen.

VERBRAUCHER

Dioxin-Skandal

Schwarz-Gelb hat zunächst ohnmächtig auf die Dioxin-Funde reagiert. Erst handelt Ilse Aigner gar nicht, dann übernimmt sie doch 14 von 15 SPD-Forderungen. Allerdings: Der Informantenschutz für Mitarbeiter, die die zuständigen Behörden über Missstände bei ihren

Arbeitgebern informieren, fällt bei Aigner unter den Tisch. Dies ist aber wichtig, damit sie künftig einen umfassenden Schutz des Gesetzgebers erhalten können.

Auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion stand am 19. Januar 2011 eine Regierungserklärung von Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner zum Dioxin-Skandal auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. In der Debatte haben unsere Abgeordneten die Versäumnisse der Ministerin während der letzten Wochen noch einmal deutlich gemacht. Außerdem haben wir einen Entschließungsantrag (Drs. 17/4426) mit unseren Forderungen eingebracht.

Das mangelhafte Krisenmanagement und die schlechte Informationspolitik von Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner im aktuellen Dioxin-Skandal hat in den letzten Wochen Verbraucherinnen und Verbraucher verunsichert, Importländer verärgert und Landwirte massiv geschädigt. Erst der Druck der Opposition, der SPD-geführten Länder und der Öffentlichkeit hat Aigner dann zum Handeln gezwungen. Zunächst hat sie nach eigenen Worten die Situation „beobachtet“ und wollte lediglich eine Selbstverpflichtungserklärung der Futtermittelindustrie. Erst am 18. Januar 2011 hat sie gemeinsam mit den Ländern 14 Forderungen der SPD in einem Maßnahmenkatalog verabschiedet. Auf der Strecke blieb dabei der Schutz von Beschäftigten vor Kündigung, wenn sie Missstände und Vergehen ihrer Arbeitgeber den Behörden melden.

15 SPD-Forderungen zum Abschreiben für die Verbraucherministerin

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits am 8. Januar einen Katalog mit 15 konkreten Forderungen vorgelegt und einen entsprechenden Antrag in der Sondersitzung des Verbraucherausschusses des Bundestags am 11. Januar eingebracht. Obwohl die Koalitionsfraktionen zunächst eine Beratung unserer Vorschläge ablehnten und eine Abstimmung darüber mit Geschäftsordnungstricks verhinderten, wurde unser Forderungskatalog zur Blaupause für die überforderte Verbraucherministerin: Erst waren es fünf, dann zehn und schließlich nach der gemeinsamen Sitzung mit den Ländern 14 Punkte, die Aigner vorlegen musste.

Zentrale Maßnahmen des nun vorgelegten 14 Punkteplans

- Hersteller von Futterfetten benötigen eine Zulassung, die an strenge Auflagen geknüpft ist.
- Die Trennung der Produktion von technischen Fetten und Fetten für Futtermittel wird vorgeschrieben.
- Die Behörden müssen überhöhte Grenzwerte und Rechtsverstöße bei Lebensmittelkontrollen umgehend veröffentlichen. Dazu wird das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) novelliert.
- Es wird eine bundesweite Informationsplattform im Internet eingerichtet.
- Private Untersuchungslabore und ihr Personal müssen ihre Ergebnisse unmittelbar an die Behörden melden.
- In der EU ist eine Positiv-Liste durchzusetzen, die Stoffe nennt, die in der Futtermittelherstellung verwendet werden dürfen.

Jetzt geht es um Umsetzung und nicht um Ankündigung

Nun kommt es darauf an, dass die Bundesverbraucherministerin den Maßnahmenplan auch umsetzt. Da kommen in der SPD-Bundestagsfraktion Zweifel auf, denn bisher hat Aigner sich einen Ruf als Ankündigungsministerin, nicht als tatkräftige Verbraucherschutzministerin erarbeitet. Außerdem haben CDU/CSU und FDP bereits in der Sondersitzung des Ausschusses am 11. Januar deutlich gemacht, dass sie eine wirksame Verschärfung des Verbraucherinformationsgesetzes ablehnen. Ebenso waren sie gegen die Verpflichtung, dass Hersteller alle Chargen an Futterfett untersuchen lassen müssen und auch die Meldepflicht von Untersuchungsergebnissen von Laboren wollten sie nicht. Unter anderem auf diese Widersprüche in der schwarz-gelben Koalition haben wir in der Debatte zur Regierungserklärung deutlich verwiesen. Wir werden auch weiterhin alle Möglichkeiten des Parlaments nutzen, um die Ministerin immer wieder daran zu erinnern, endlich ihrer Verantwortung als Verbraucherschutzministerin nachzukommen und die Maßnahmen auch in der Koalition durchzusetzen.

Schwarz-Gelb verhindert Informantenschutz

Eine wichtige Forderung der SPD hat die Bundesverbraucherministerin unter den Tisch fallen lassen: Wir wollten Zivilcourage fördern und Beschäftigte gesetzlich vor Kündigung schützen, die die zuständigen Behörden über Missstände bei ihren Arbeitgebern informieren. Viele Skandale - nicht nur im Lebensmittelbereich - konnten in der Vergangenheit nur durch mutige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgedeckt werden, die sich rechtstreu verhalten und Schaden von der Allgemeinheit abwenden wollten. Bei dem aktuellen Dioxin-Skandal und ähnlichen Vorfällen handelt es sich um kriminelle Machenschaften, für die die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden müssen. Hierfür ist oft Insiderwissen notwendig. Doch Union und FDP verhindern den Informantenschutz als wichtige Maßnahme um Mitarbeiter in Betrieben zu ermutigen, entsprechende Missstände zu melden. Die Koalition hat am 19. Januar 2011 die Chance vertan, Vernunft walten zu lassen und unseren Gesamtforderungen, die wir auch als Entschließungsantrag eingebracht haben, zuzustimmen. Deshalb wird die SPD hierzu einen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen, damit Beschäftigte den notwendigen Schutz erhalten.

Um langfristig derartigen Futter- und Lebensmittelskandalen entgegen wirken zu können, ist eine aktive Verbraucherschutzpolitik unerlässlich. Dafür steht die SPD-Bundestagsfraktion und daran arbeiten wir weiter.

VERKEHR

Verlässlicher und sicherer Schienenverkehr

Ausgefallene Züge und Flüge, querstehende Lkw auf Autobahnen, steigende Heizkosten – der Wintereinbruch hat massive Auswirkungen auf den Verkehr und die Infrastruktur in Deutschland. Doch schuld an dem Winterchaos bei der Deutsche Bahn AG, das in den zurückliegenden Wochen Tausende von Reisenden auf halber Strecke stranden ließ, ist nicht das Wetter. Die Deutsche Bahn verfügt nicht über ein ausreichend flexibles Notfallmanagement, um prekäre Situationen zu meistern. Der Konzern muss sich die Frage gefallen lassen, warum er keine Vorsorge getroffen hat, um den regulären Zugverkehr aufrecht zu erhalten.

Das Unternehmen hat in den vergangenen Jahren an den falschen Stellen gespart. Um Kosten zu senken, sind beheizte Weichen eingespart und mehrere Betriebsstätten geschlossen worden, Wartungspersonal wurde entlassen. Zudem verfügt die DB AG über zu wenige Schienenfahrzeuge. Zugausfälle können daher nicht durch den Einsatz von Ersatzzügen kompensiert werden.

Um einen sicheren Schienenverkehr zu gewährleisten, muss sich die Bundesregierung als Eigentümer dafür einsetzen, dass der Abbau von Personal in den Instandhaltungswerken gestoppt und deren Schließung überprüft wird, die DB AG bei allen Fahrzeugreihen einen ausreichenden Puffer an Fahrzeugen und Ersatzteilen im Bestand hält und ausnahmslos in allen Bereichen des Schienenverkehrs in Deutschland die gleichen Regelwerke angewandt und einheitlich nach ISO 9000 und 9001 geprüft wird. Sicherheit im Schienenverkehr muss oberste Priorität haben.

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat jetzt zugesichert, dass die Bahn nun wieder Geld in die Hand nehme, um die notwendigen Reserven wieder zu schaffen. Das ist nichts anderes als das Eingeständnis, dass die Versäumnisse hausgemacht sind. Schuld ist nicht die Witterung. Die Verantwortung tragen allein die Deutsche Bahn AG und der Bundesverkehrsminister als Vertreter des Bundes und Eigentümer.

Der Bund ist verantwortlich für eine leistungsfähige Bahninfrastruktur in Deutschland. Dieser Aufgabe hat die schwarz-gelbe Bundesregierung Rechnung zu tragen. Sie muss im Interesse der Kundinnen und Kunden ihrer Verantwortung für einen leistungsfähigen DB-Konzern wieder gerecht werden, der auch bei extremen Witterungsbedingungen seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Verkehrsträgern unter Beweis stellt. Oberstes Ziel muss es sein, die Bahn wieder fit zu machen für den Sommer und für den Winter. Sie muss in der Lage sein, die Fahrgäste zu fairen Preisen pünktlich an ihr gewünschtes Ziel zu bringen, und zwar in allen Regionen in ganz Deutschland und nicht nur auf einem eingeschränkten Kernnetz.

Zu einem reibungslosen Schienenverkehr gehört auch eine ausgeprägte Sicherheitsphilosophie. Sie ist von existenzieller Bedeutung für den gesamten Verkehrsträger Schiene. Mit unserem am 21. Januar beratenen Antrag „Deutschland braucht im ganzen Land einen verlässlichen und sicheren Schienenverkehr“ (Drs. 17/4428) konkretisieren wir unsere Forderungen an die Bundesregierung, um künftig Sicherheit zu garantieren und Chaos zu vermeiden. Die Bundesregierung soll unter anderem ein nachhaltiges, sicheres und dynamisches Zukunftskonzept für einen deutschlandweiten Schienenverkehr vorlegen. Sie soll auf die geplante Zwangsdividende von 500 Millionen Euro sofort und in Zukunft verzichten und die Mittel stattdessen für Investitionen in die deutsche Schieneninfrastruktur nutzen. Es müssen mehr Mittel in den Ausbau und die Instandhaltung des Schienenverkehrs investiert werden. Für ein Sofortprogramm der Deutschen Bahn AG sind Sondermittel zur kurzfristigen Beseitigung von Störungen im Betriebsablauf bereitzustellen. Weiterhin muss bei der Deutschen Bahn AG sichergestellt werden, dass ausreichende Reservekapazitäten an Fahrzeugen aufgebaut werden, um witterungsbedingte Zugausfälle besser ausgleichen zu können. Der Bund hat als Eigentümer der Deutschen Bahn AG ferner dafür Sorge zu tragen, dass die Bahn AG alle in den vergangenen Jahren durchgeführten und geplanten Schließungen von Werkstätten und Instandhaltungswerken noch einmal kritisch überprüft und diese gegebenenfalls rückgängig macht bzw. nicht in Angriff nimmt.

VERSCHIEDENES

Klausurtagung der Fraktion: Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“

Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Klausurtagung in Magdeburg ein ambitioniertes Arbeitsprogramm mit dem Titel „Deutschland 2020 - Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt“ beraten. Mit der Klausur ist uns ein guter Auftakt gelungen, um 2011 zum Jahr einer neuen Profilierung der SPD zu machen. Wir haben uns vorgenommen, unsere sozialdemokratischen Alternativen zu Schwarz-Gelb noch stärker ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken und die Menschen von unseren Positionen überzeugen.

Uns geht es um ein Politikkonzept, das den Weg bis ans Ende des Jahrzehnts beschreibt. Den Weg einer Gesellschaft, die unter völlig veränderten Bedingungen ihren sozialen Zusammenhalt bewahren will und dabei nicht Transfergesellschaft wird, sondern Arbeitsgesellschaft bleibt. Leitbild ist eine neue Idee von Fortschritt, die die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verbindet.

Wir sind überzeugt, dass unser Land erstmals seit Jahrzehnten wieder die historische Chance hat, in den nächsten Jahren Vollbeschäftigung zu erreichen. Das bleibt unser Ziel: Die Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern zu besiegen. Dafür müssen heute die Weichen richtig gestellt werden. Deutschland braucht eine Vollbeschäftigungsstrategie.

In den nächsten Monaten werden wir zentrale Themen und Fragestellungen weiter bearbeiten und konkretisieren. Wir werden ein Investitionskonzept für einen neuen Infrastrukturkonsens in

den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation erarbeiten. Wir werden konkrete Forderungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben vorlegen. Wir entwickeln ein Konzept für eine Qualitätsoffensive Ganztagschule, das nicht nur beschreibt, wie wir die Zahl der Ganztagschulen erhöhen, sondern auch, wie wir Schule qualitativ weiterentwickeln und zu einem gesellschaftlichen Ort machen können. Wir werden ein Steuer- und Abgabekonzept vorlegen, das für eine gerechte Lastenverteilung und einen nachhaltigen Staatshaushalt sorgt und die Finanzierung von Zukunftsaufgaben sichert. Und wir werden weiter für eine neue Ordnung für gute Arbeit kämpfen, die das unbefristete, sozial abgesicherte Normalarbeitsverhältnis stärkt.

„Deutschland 2020“ – das kann ein Land mit Vollbeschäftigung in guter, qualifizierter Arbeit sein, wo nicht mehr Millionen von Menschen in den Niedriglohnsektor gedrängt und mit ergänzender Sozialhilfe abgespeist werden. Es kann ein Land sein, das den Wohlstand nicht als blinde Renditejagd auf Kosten von Beschäftigten und Verbrauchern, sondern als ein nachhaltiges Wachstumsmodell begreift, das in der Industrie Effizienztechnologie und Erneuerbare Energien zum Durchbruch bringt, ein Land, in dem kreative Leistungen von Selbstständigen in Medien, Kultur und Wissenschaft nicht mehr zu Dumpinghonoraren ausgebeutet, sondern angemessen vergütet werden. Es kann ein Land sein, in dem jedes Kind, dessen Eltern es wollen, einen Platz in einer hochwertigen Ganztagschule findet. Ein Land, in dem Männer und Frauen gleichberechtigt leben und arbeiten und gleiche Chancen im Beruf finden.

Opposition ist Regierung im Wartestand. Mit unserem Arbeitsprogramm bereiten wir uns als größte Oppositionsfraktion auf die Übernahme der Regierungsverantwortung spätestens 2013 vor.

Positionspapier Integration

Ein weiteres Schwerpunktthema der Klausursitzung war die Integrationspolitik. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Wer bei uns lebt, gehört zu uns. Wer zu uns gehört, soll mitbestimmen und teilhaben können. Aber wer bei uns lebt, muss sich auch an die Gesetze halten. Eine zeitgemäße Integrationspolitik eröffnet Perspektiven, artikuliert aber auch Erwartungen. Ziel ist es, allen Menschen in unserem Land die gleichen Lebens- und Teilhabechancen zu eröffnen.

Das auf der Klausurtagung beschlossene Positionspapier zur Integration benennt konkrete Forderungen in den Bereichen Inneres, Bildung, Arbeit und Soziales, Städtebau, Antidiskriminierungsrecht, Gesundheit, Seniorenpolitik, Sport, Kultur, Religion und Engagement. Wir wollen Perspektiven eröffnen, gleiche Chancen schaffen durch Bildung, für Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt kämpfen, konsequent gegen Diskriminierung vorgehen, eine Gesundheitspolitik für alle schaffen, Integration durch Sport und Ehrenamt verbessern, die kulturelle Vielfalt fördern und vor allem auf Dialog statt auf Angst setzen.

Integration geht uns alle an

Unsere Zukunft, unser künftiger Platz in der Welt, unser Wohlstand hängen davon ab, dass wir Vielfalt und Offenheit unseres Landes erhalten und gestalten. Deshalb wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch, Fremdenfeindlichkeit zu schüren und Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander auszuspielen.

Das heißt für uns: Wir müssen über fehlende Perspektiven sprechen, über mangelnde Bildung und Ausbildung, Arbeitslosigkeit und Armut. Integration soll verhindern, dass Menschen ausgeschlossen werden.

Integration betrifft alle Politikbereiche. Ob Innen-, Bildungs- oder Arbeitsmarktpolitik: Die besonderen Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten müssen berücksichtigt werden. Alle sollen gleiche Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft haben. Das nehmen wir als gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsauftrag an – im Bundestag ebenso wie im Landtag oder Gemeinderat, im Parteivorstand ebenso wie im Ortsverein. Wir wollen das Thema Integration als Querschnittsaufgabe in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit stellen und dafür geeignete Arbeitsstrukturen schaffen. Wichtig ist dabei für uns auch die Verbindung mit der Fachkräfteproblematik.

Für uns im Bundestag heißt das: Das Aufenthaltsrecht muss Perspektiven eröffnen. Soziale und ethnische Herkunft dürfen nicht über Bildungs- und Berufschancen entscheiden. Die Soziale Stadt soll gemeinsam gestaltet werden, um Integration vor Ort voranzutreiben. Wir werden weiterhin eine konsequente Antidiskriminierungspolitik verfolgen. Gesundheits- und Seniorenpolitik müssen für die Bedürfnisse einer vielfältigen Gesellschaft gerüstet sein. Wir möchten eine Bürgergesellschaft, in der die hier lebenden Menschen durch Sport und ehrenamtliches Engagement zusammenfinden. Die Kulturpolitik soll die Vielfalt Deutschlands ebenso widerspiegeln wie befördern.

Dafür werden wir weiter konkrete Vorschläge in Gesetzentwürfen und Anträgen vorlegen. Unsere Botschaft ist klar: Wir übernehmen Verantwortung und packen die Integration als zentrale Herausforderung für die Zukunft dieses Landes an.